

EIS GEMENG

De Gemengebuët vu Stroossen

08

24

Séance du conseil communal du 28.11.2024

DE

Gemeinderatssitzung
vom 28. November 2024

P04

FR

Séance du conseil communal
du 28 novembre 2024

P09

EN

Communal Council meeting
of 28 November 2024

P14



📍 1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

☎ +352 31 02 62 - 1

✉ reception@strassen.lu

🌐 www.strassen.lu

📘 Commune de Strassen

📷 Strassen_Stroossen

🌐 CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen



LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL



PUNDEL Níco
Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty
Échevine - LSAP



AREND Anne
Échevine - CSV



BESTGEN-MARTIN Maryse
Échevine - déi Gréng



BRAUN Laurent
Conseiller - CSV



GIERENZ Tun
Conseiller - CSV



BUTLER Andrew
Conseiller - CSV



ROOB Jean Claude
Conseiller - LSAP



KLENSCH Paul
Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie
Conseillère - déi Gréng



FISCHER Marc
Conseiller - DP



DIESCHBURG-NICKELS Martine
Conseillère - DP



THEIN Daniel
Conseiller - DP



KANDEL Nicolas
Conseiller - DP



JØRGENSEN Lise
Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 28. November 2024

TAGESORDNUNG

1. **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 03.10.2024 und 24.10.2024.**
2. **Verabschiedung des Bewirtschaftungsplans für den Gemeindewald.**
3. **Genehmigung eines Nachtrags zur Vereinbarung mit ViTo's.**
4. **Rücktritte und Ernennungen für lokale Kommissionen.**
5. **Ausarbeitung einer Stellungnahme im Rahmen der UVP zum geplanten Straßenbahnabschnitt "Route d'Arlon".**
6. **Verabschiedung eines Nachtrags zur dreiseitigen Vereinbarung 2024 bezüglich der Kindertagesstätte Pescher.**
7. **Beschlüsse bezüglich der Ausübung eines Vorkaufsrechts.**
8. **Bestätigung von zeitlich befristeten Verkehrsreglements.**
9. **Billigung der Bilanzen und Abschlüsse des Sozialamtes für die Jahre 2020, 2021 und 2022.**
10. **Verabschiedung des Haushalts des Sozialamtes für das Jahr 2025.**
11. **Beschluss über die Gewährung von zusätzlichem politischem Urlaub.**
12. **Genehmigung der Einnahmetitel des Jahres 2023.**
13. **Verabschiedung der für den Bürgerhaushalt geltenden Modalitäten.**
14. **Verschiedenes.**
15. **Personalangelegenheiten :**
 - a) **Beschlüsse über die Schaffung von Stellen im Regiedienst**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng) (ab Punkt 11); Jean Claude Roob (LSAP); Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Müller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Daniel Thein (DP), Vollmacht an Martine Dieschburg-Nickels (DP), Anne-Marie Linden (déi Gréng) bis zu Punkt 11, Vollmacht an Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Mitglieder des Gemeinderates.

1. **Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 03.10.2024 und 24.10.2024.**

Zu Beginn der Sitzung unterzeichnen die Gemeinderatsmitglieder die Protokolle der Sitzungen vom 3. und 24. Oktober 2024.

2. **Verabschiedung des Bewirtschaftungsplans für den Gemeindewald.**

Nachdem Forstmeister Serge Bisenius dem Gemeinderat in der vorangegangenen Sitzung den Forstbewirtschaftungsplan für das kommende Jahr vorgestellt hatte, präsentieren Michel Krischel, der Bezirksleiter des „Arrondissement Sud“, des Südbezirks, und Georges Kugener von der Natur- und Forstverwaltung den Zehnjahresplan für den Zeitraum 2025-2034.

Dieses vom Gesetz vorgeschriebene Planungsdokument muss vom Gemeinderat verabschiedet und anschließend vom Minister bestätigt werden. Eine entsprechende Verordnung legt fest, wer zu welchem Zeitpunkt aus dem Wald stammendes Holz verkaufen darf.

Dies soll eine nachhaltige und kosteneffiziente Bewirtschaftung der nationalen Wälder gewährleisten.

Auf Grundlage einer Auswertung des Waldbestands und der bisherig durchgeführten Arbeiten werden Pläne erstellt, wie die Wälder in Zukunft widerstandsfähiger sein können, und es wird festgelegt, welche Menge an Holz geschlagen werden darf.

So ist beispielsweise vorgesehen, dass im Gemeindewald weniger Holz geschlagen werden darf als jährlich nachwächst, und dass nur 60% des Wachstums genutzt werden darf, was bedeutet, dass maximal 1700 m³ Holz geschlagen werden dürfen.

Von besonderem Interesse bei den 414,19 Hektar Gemeinewald ist die Tatsache, dass es sich dabei um ein zusammenhängendes Gebiet handelt, wobei 405 Hektar als bewaldet gelten und 87 % in unterschiedlichen Schutzzonen liegen.

Straßen und Parkplätze sind aus dieser Zone ausgenommen. Darüber hinaus werden aus Gründen des Naturschutzes 5% der Wälder aus der Bewirtschaftung herausgenommen und in natürlichem Zustand belassen, so dass 363 Hektar Nutzwald verbleiben.

Geplant ist, sie allmählich in widerstandsfähigere Mischwälder ohne Monokulturen umzuwandeln, wobei nicht nur die Wirtschaftlichkeit der Wälder, sondern auch deren sozialer Faktor berücksichtigt werden soll.

Gemeinderatsmitglied Laurent Braun (CSV) erkundigt sich nach der Art und Anzahl der Neuanpflanzungen, das Mitglied des Gemeinderates Tun Gierenz (CSV) fragt, ob die Sicherheit der Spaziergänger in den nicht bewirtschafteten Bereichen gewährleistet sein wird, während Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) wissen will, ob man erwäge, vereinzelt nicht einheimische Arten anzupflanzen, die möglicherweise widerstandsfähiger seien in Bezug auf die Klimaerwärmung.

Aus den Erwiderungen der Fachleute geht hervor, dass etwa 2 000 bis 2 500 Pflanzen pro Hektar benötigt werden, wobei jedoch häufig auf natürliche Verjüngung gesetzt wird. Die meisten unbewirtschafteten Flächen grenzen nicht an Wanderwege, trotzdem wird deren Sicherheit überwacht. In Bezug auf widerstandsfähigere Baumarten, die aus wärmeren Gebieten stammen, weisen die Experten auf mögliche Krankheiten und Anpassungsprobleme hin, die in unseren Breitengraden auftreten können.

Der Zehnjahresplan wird einstimmig angenommen.

3. Genehmigung eines Nachtrags zur Vereinbarung mit ViTo's.

Ein Nachtrag zur Vereinbarung mit ViTo's, durch den der zweite Stock aus dem Mietvertrag herausgenommen wird, wird einstimmig angenommen.

4. Rücktritte und Ernennungen für lokale Kommissionen.

Sekretär Luc Eicher ist von seinem Posten in der Verkehrs- und Mobilitätskommission zurückgetreten. Den freien Posten des Sekretärs übernimmt Gilles Eckardt.

Fabio Genin wird zum neuen Mitglied der Jugendkommission ernannt.

In der Umweltkommission tritt Elvira Jörg von ihrem Amt zurück.

Der Sozial- und Chancengleichheitsausschuss (Plan für soziale Eingliederung) wird um folgende Mitglieder ergänzt: Charlotte Roger-Bassing, Jil Roger, Erika Saldana Flores und H. Florand Veizi.

Frau Sourour El Mansali wird als neues Mitglied in die Kulturkommission berufen.

5. Ausarbeitung einer Stellungnahme im Rahmen der UVP zum geplanten Straßenbahnabschnitt „Route d'Arlon“.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) merkt an, dass das Dossier bezüglich der Straßenbahn an die Gemeinde zurückverwiesen wurde, obwohl es keinerlei Veränderungen auf dem Gebiet von Strassen gegeben hat. Dennoch möchte das Schöffenkollegium seine Meinung zu dem Dossier erneuert darlegen und betonen, dass es bei den zuständigen Behörden kein Gehör findet.

Als Beispiel dafür erwähnt der Bürgermeister eine kürzlich stattgefundene Einberufung der drei zuständigen Bürgermeister in das Mobilitätsministerium zur Erörterung der Mobilität im Westen der Hauptstadt. Bei dieser Gelegenheit wurde angekündigt, dass eine neue Mobilitätsstudie für diese Region durchgeführt werden soll. Die im Ministerium für Mobilität anwesenden Personen waren jedoch nicht darauf vorbereitet, auf Detailfragen einzugehen. Den Gemeinden wurde nun ein Termin mit der Ministerin in Aussicht gestellt.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) fordert, endlich gehört zu werden und zitiert als Beispiel die seit 13 Jahren anhängige Angelegenheit der in Aussicht gestellten intelligenten Ampelschaltung auf der Route d'Arlon.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) ist der Meinung, dass es an der Zeit ist, endlich zu

handeln und dass es keinerlei Notwendigkeit mehr gibt, Studien zu erstellen.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) schlägt vor, in der neuen Erklärung die ständig zunehmende Lärmbelastung stärker hervorzuheben.

Die Stellungnahme wird einstimmig angenommen.

6. Verabschiedung eines Nachtrags zur dreiseitigen Vereinbarung 2024 bezüglich der Kindertagesstätte Pescher.

Wie Bürgermeister Nico Pundel (CSV) anmerkt, wurde im Laufe der Zwischenbilanz deutlich, dass sich der Finanzbedarf der Kindertagesstätte Pescher geändert hat, so dass die dreiseitige Vereinbarung entsprechend angepasst wird. Der Betrieb der Kindertagesstätte läuft einwandfrei und größtenteils sind alle Plätze besetzt.

Gemäß der neuen Berechnung belaufen sich die Gesamtkosten auf 1.508.133 €, davon werden 75 % also 1.131.099 € von staatlicher Seite finanziert während die restlichen 25 % oder 377.034 € von der Gemeinde Strassen übernommen werden.

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen.

7. Beschlüsse bezüglich der Ausübung eines Vorkaufsrechts.

Bei dem ersten Vorkaufsrecht handelt es sich um ein Grundstück von 36,32 Ar „In den Dielen“ in Strassen, mit einem geschätzten Preis auf 3,6 Millionen Euro. Hier schlägt das Schöffenkollegium vor, auf das Vorkaufsrecht zu verzichten.

Bei der Abstimmung und Aussprache, an der Gemeinderatsmitglied Nicolas Kandel (DP) nicht teilnahm, beschließt der Gemeinderat einstimmig, dieses Vorkaufsrecht nicht in Anspruch zu nehmen.

Der Gemeinderat verzichtet ebenfalls einstimmig auf das Vorkaufsrecht für ein Grundstück von 8,4 Ar in der Rue Ignace Semmelweis in Strassen.

8. Bestätigung von zeitlich befristeten Verkehrsreglements.

Anschließend werden folgende zeitlich befristete Verkehrsreglements einstimmig genehmigt: Einrichtung eines provisorischen Bürgersteigs und Sperrung des derzeitigen Bürgersteigs in der Route d'Arlon zwischen der Rue des Carrefours und dem Haus Nummer 141 ab dem 25. Oktober bis zum Ende der Bauarbeiten; in der Rue de la Chapelle bei der Hausnummer 5 gilt ab dem 11. November bis zum Ende der Bauarbeiten eine Verkehrsregelung mittels Ampeln und eine Einbahnstraßenregelung, außerdem ist der Bürgersteig gesperrt; Fahrverbot in der Rue Belle-Vue zwischen der Baustelle und der Rue des Carrefours, Sperrung der Straße zwischen dem Haus Nr. 30 und der Rue du Kiem und Sperrung der Fahrbahn ab dem 11. November bis zum Abschluss der Arbeiten; zwischen der Rue des Carrefours und der Autobahnbrücke wird auf der Route d'Arlon eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 Km/h gelten, dies aufgrund von Bauarbeiten und ab dem 8. November bis zum Ende der Arbeiten; ab dem 20. November bis zum Ende der Bauarbeiten gilt in der Rue de Reckenthal zwischen der Route d'Arlon und der Rue du Rollingergrund ein Fahrverbot, zwischen dem Haus Nr. 121 und der Rue du Rollingergrund wird die Straße bei Bedarf gesperrt und der Gehweg auf die andere Straßenseite verlegt.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) verweist erneut auf eine Baustelle, welche eine Unterbrechung des „sicheren Schulwegs“ für die Kinder darstellt, da sie an dieser Stelle jetzt die Straße überqueren müssen.

9. Billigung der Bilanzen und Abschlüsse des Sozialamtes für die Jahre 2020, 2021 und 2022.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) legt die Abschlüsse des Sozialamts vor sowie mehrere Beanstandungen seitens des Innenministeriums, die jedoch in der Zwischenzeit berichtigt wurden. Dies betrifft insbesondere die verspätete Einreichung beim Innenministerium der Berichte für 2020 und 2021 sowie diverse Buchungsfehler für die drei Berichtsjahre.

Die Bilanzen und Abschlüsse für die drei Berichtsjahre werden einstimmig angenommen.

10. Verabschiedung des Haushalts des Sozialamtes für das Jahr 2025.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) stellt den Haushaltsentwurf des Sozialamtes für das Jahr 2025 vor, welcher bei Einnahmen von 923.270 € und Ausgaben von 922.645,68 € weitgehend ausgeglichen ist.

Außerdem gibt es nur geringe Änderungen was die Zahlen angeht im Vergleich zum berichtigten Haushalt 2024.

Darüber hinaus geht die Schöffin auf die einzelnen Aspekte des Sozialamtes ein, insbesondere auf die Personalsituation und den Sozialladen in Steinfort. Sie gibt Auskunft über die Zahl der Beratungsgespräche im Büro und der Hausbesuche, die Unterstützung bei administrativen Vorgängen, die Hilfe bei Anträgen auf finanzielle Unterstützung sowie die materiellen Hilfeleistungen, die Ausstellung von Zugangsberechtigungen für den Sozialladen, die Hilfen für die Teilnahme an Sprachkursen, bei der Säuglingspflege und bei Hygienekontrollen. Sie berichtet auch über die verschiedenen sozialen Integrationswerkstätten, wo täglich etwa 70 Personen betreut werden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bestätigt dass im Büro des Sozialamtes ein gutes Einvernehmen herrscht und dankt allen Mitarbeitern für ihre gute Arbeit, die von größerer Bedeutung ist, als dies in Zahlen ausgedrückt werden kann.

Auch Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels dankt dem gesamten Team des Sozialamtes für deren Einsatz und ihre nicht immer einfache Arbeit. Sie fragt, ob es sich bei den Sozialhilfeempfängern ausschließlich um Einwohner der Gemeinde Strassen handelt oder ob auch Einwohner aus anderen Gemeinden diese in Anspruch nehmen. Außerdem stellt sie fest, dass die Personalkosten des Sozialamtes deutlich gestiegen sind.

Der Haushaltsplan 2025 für das Sozialamt wird einstimmig angenommen.

11. Beschluss über die Gewährung von zusätzlichem politischem Urlaub.

Aufgrund der Änderung der Gesetzgebung zum politischen Urlaub schlägt Bürgermeister Nico Pundel (CSV) vor, die zusätzlichen 15 Wochenstunden für politischen

Urlaub wie folgt zu verteilen: 6 Stunden für die CSV, 4 Stunden für die LSAP, 3 Stunden für déi Gréng und 2 Stunden für die DP.

Dies wird einstimmig vom Gemeinderat angenommen.

12. Genehmigung der Einnahmetitel des Jahres 2023.

Die von Schöffin Anne Arend (CSV) vorgelegten Einnahmeerklärungen für 2023 in Höhe von 55.388.731,75 € im ordentlichen Haushalt und von 92.808,40 € im außerordentlichen Haushalt werden ohne Aussprache einstimmig von den Mitgliedern des Gemeinderates gebilligt. Die Haupteinnahmen im ordentlichen Haushalt sind die Einnahmen aus dem FGDC mit 37.628.370,46 € sowie aus der Gewerbesteuer mit 7.017.210,53 € und der Grundsteuer mit 1.022.098,05 €.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) bedauert, dass es keine Einnahmen aus dem Klimapakt gibt, da die Gemeinde die Zertifizierung nicht erhalten hat. Schöffin Maryse Bestgen (déi Gréng) erklärt, dass es Verzögerungen gegeben habe, dass die besagte Zertifizierung jedoch Anfang 2025 bestätigt werden sollte.

13. Verabschiedung der für den Bürgerhaushalt geltenden Modalitäten.

Schöffin Anne Arend (CSV) geht auf die Bestimmungen des Bürgerhaushalts ein, für den 100.000 € im Gemeindehaushalt vorgesehen sind.

Vom 2. Dezember bis zum 28. Februar kann jede/r Einwohner/in ab dem Alter von 16 Jahren maximal einen Vorschlag für ein Projekt mit einem Höchstbetrag von 25.000 € einreichen.

Die Vorschläge müssen das Gemeinwohl berücksichtigen, das Gebiet der Gemeinde Strassen betreffen und in die Zuständigkeit der Gemeinde Strassen fallen, es darf/dürfen kein Grundstückskauf oder Folgekosten erforderlich sein, die Vorschläge müssen technisch und rechtlich realisierbar sein, dürfen nicht der persönlichen Bereicherung dienen oder diffamierende oder diskriminierende Elemente enthalten, sie müssen Umweltschutzaspekte berücksichtigen und eine Kostenschätzung beinhalten.

Die Vorschläge müssen während des oben genannten Zeitraums entweder digital unter budget.participatif@strassen.lu oder in Papierform am Empfang der Gemeindeverwaltung eingereicht werden.

Es können Projekte für die Bereiche Umwelt und Lebensumfeld, Mobilität, Bildung, Kinder, Jugend, Senioren, Sport, Kultur und Kulturerbe, Digitales, Soziales, Solidarität und Zusammenleben unterbreitet werden.

Die Vorschläge werden von den Gemeindediensten hinsichtlich ihrer Machbarkeit geprüft und Träger ähnlicher Projekte werden gebeten, eine Zusammenarbeit im Rahmen eines gemeinsamen Projekts ins Auge zu fassen.

Jeder Vorschlag wird von einem Ad-hoc-Ausschuss geprüft, und jeder Teilnehmer wird über die Gründe informiert, falls ein eingereichter Vorschlag nicht berücksichtigt würde.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) schlägt vor, dass alle Projekte zeitnah auf der Website der Gemeinde veröffentlicht werden.

Gemeinderatsmitglied Martine Dieschburg-Nickels (DP) schlägt vor, die Entscheidung über die Projekte den Bürgern zu überlassen und den Ad-hoc-Rat eher als „Governance-Ausschuss“ zu bezeichnen und nicht als „Entscheidungsausschuss“.

Schließlich wird doch die Bezeichnung „Entscheidungsausschuss“ beibehalten und Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass, falls die Initiative erfolgreich sei, für das kommende Jahr eine IT-Lösung in Erwägung gezogen werde, die eine digitale Bürgerabstimmung ermöglicht.

Die Bestimmungen werden mit mehreren Änderungen einstimmig angenommen.

14. Verschiedenes.

Unter der Rubrik „Verschiedenes“ bedankt sich Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bei allen, die an der Veranstaltung „Bridges of solidarity“ teilgenommen haben. Er erinnert sich an die berührenden Aussagen dieser Menschen, die dazu beigetragen haben, einen anderen Bezug zum Krieg in der Ukraine herzustellen.

Er bestätigt auch, dass den Mitgliedern des Gemeinderates von Strassen Visitenkarten zur Verfügung gestellt werden.

In Bezug auf die Presseberichte über Fälle von Voyeurismus in der Sauna von „Les Thermes“ bedauert der Bürgermeister, dass die Journalistin nicht bereit war, Rücksprache mit der Gemeindeverwaltung zu halten. Er verweist auf die eindeutigen Richtlinien der Sauna, wie das Personal mit derartigen Situationen umzugehen hat, falls sich jemand belästigt fühlt. Natürlich lässt sich nicht alles vermeiden, aber der Verwaltungsrat bemüht sich, derartige Situation noch besser in den Griff zu bekommen. Täglich besuchen etwa 150 Personen die Sauna, aber nur einige von ihnen verhalten sich unangemessen.

Er informiert die Gemeinderatsmitglieder auch darüber, dass sie einen Vermerk mit allen Sitzungen des Gemeinderats für das kommende Jahr erhalten werden und dass das Chalet für die Weihnachtszeit hergerichtet wurde.

Bei der nächsten Sitzung des Gemeinderats werden die restlichen 30.000 €, die im Gemeindehaushalt noch für humanitäre Hilfe vorgesehen sind, ebenfalls für die Ukraine-Hilfe verwendet.

Gemeinderatsmitglied Marc Fischer (DP) sorgt sich um die Sicherheit der Heizung auf dem „Chrëschtmaart“, während Gemeinderatsmitglied Paul Klensch (LSAP) fragt, warum er die Einladung zu einer Vernissage dreimal erhalten habe.

Gemeinderatsmitglied Anne-Marie Linden (déi Gréng) geht noch einmal auf den Vorfall in der Sauna ein und ist der Meinung, dass man es nicht auf sich beruhen lassen könne. Sie fordert, dass konsequente Maßnahmen ergriffen werden.

15. Personalangelegenheiten :

a) Beschlüsse über die Schaffung von Stellen im Regiedienst.

Das Schöffenkollegium schlägt vor, im Regiedienst zwei Stellen in der Laufbahn H1 für den Reinigungs- und Wachdienst zu schaffen und eine Stelle in der Laufbahn H1 ebenfalls für den Wachdienst.

Séance du conseil communal du 28 novembre 2024

ORDRE DU JOUR

1. **Approbation des procès-verbaux des séances du 03.10.2024 et du 24.10.2024.**
2. **Adoption du plan d'aménagement de la forêt communale.**
3. **Approbation d'un avenant à la convention ViTo's.**
4. **Démissions et nominations au sein des commissions locales**
5. **Formulation d'un avis dans le cadre de l'EIE sur le tronçon projeté « route d'Arlon » du tram.**
6. **Adoption d'un avenant à la convention tripartite 2024 relative à la crèche Pescher.**
7. **Décisions dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption.**
8. **Confirmation de règlements temporaires de circulation.**
9. **Approbation des bilans et comptes de l'Office Social pour les années 2020, 2021 et 2022.**
10. **Adoption du budget de l'Office Social pour l'année 2025.**
11. **Décision portant sur l'attribution de congé politique supplémentaire.**
12. **Approbation des titres de recette de l'année 2023.**
13. **Approbation des modalités relatives au budget participatif.**
14. **Divers.**
15. **Affaires de personnel :**
 - a) **Décisions portant sur la création de postes au sein du service de régie**

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV), Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Marc Fischer (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Lise Jørgensen (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi Gréng) (à partir du point 11) ; Jean Claude Roob (LSAP), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Müller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Daniel Thein (DP), procuration à Martine Dieschburg-Nickels (DP), Anne-Marie Linden (déi Gréng) jusqu'au point 11, procuration à Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), membres du conseil communal.

1. **Approbation des procès-verbaux des séances du 03.10.2024 et du 24.10.2024.**

Au début de la séance, les membres du conseil signent les procès-verbaux des réunions des 3 et 24 octobre 2024.

2. **Adoption du plan d'aménagement de la forêt communale.**

Après que le préposé forestier Serge Bisenius ait présenté le plan de gestion forestière pour l'année à venir au conseil communal lors de la séance précédente, Michel Krischel, préposé de l'arrondissement Sud et Georges Kugener, de l'administration de la Nature et des Forêts, présentent le plan décennal 2025-2034 à venir.

Ce document de planification, qui est exigé par la loi, doit être adopté par le conseil communal, puis validé par le ministre. Un règlement correspondant détermine quand et qui est autorisé à vendre du bois provenant de la forêt.

L'objectif est d'assurer une gestion durable et économique des forêts nationales.

Après une analyse du patrimoine forestier et des travaux précédents, l'avenir de forêts plus résilientes est planifié et la quantité de bois pouvant être abattu est enregistrée.

Par exemple, il est prévu que, dans la forêt communale, on coupe moins de bois que ce qui peut repousser annuellement, et que seulement 60 % de la croissance doit être utilisée, de sorte qu'un maximum de 1700 m³ peut être abattu.

Ce qui est intéressant à propos des 414,19 hectares de forêt communale, c'est le fait qu'il s'agisse d'une zone continue, dont 405 hectares sont considérés comme boisés et 87 % sont situés dans diverses zones protégées.

Les routes et les parkings sont exclus de cette zone. De plus, pour des raisons liées à la conservation de la nature, 5 % des forêts sont retirées de la gestion et laissées à l'état naturel, laissant 363 hectares de forêt productive.

Le plan est de les convertir doucement en forêts mixtes plus résilientes sans monocultures, en tenant compte non seulement de l'efficacité économique des forêts, mais aussi de leur facteur social.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) s'enquiert du type et du nombre de nouvelles plantations, le conseiller Tun Gierenz (CSV) veut savoir quelle sera la sécurité des promeneurs dans les zones non cultivées, tandis que la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) veut savoir si on envisage de planter ponctuellement des espèces non-autochtones, mais éventuellement plus résistantes vu le contexte du réchauffement climatique.

Comme l'ont montré les réponses des experts, environ 2 000 à 2 500 plantes sont nécessaires par hectare, mais la régénération naturelle est souvent utilisée. La plupart des zones non gérées ne sont pas situées le long des sentiers pédestres, mais leur sécurité est tout de même vérifiée. En ce qui concerne les espèces d'arbres plus résistantes originaires des zones plus chaudes, les experts soulignent de possibles maladies et problèmes d'adaptation sous nos latitudes.

Le plan décennal est adopté à l'unanimité.

3. Approbation d'un avenant à la convention ViTo's.

Un avenant à la convention de ViTo's, retirant le deuxième étage du bail, est approuvé à l'unanimité.

4. Démissions et nominations au sein des commissions locales.

Le secrétaire Luc Eicher a démissionné de son poste au sein de la Commission des transports et de la

mobilité. Gilles Eckardt est nommé au poste vacant de secrétaire.

Fabio Genin est nommé nouveau membre de la Commission de la jeunesse.

À la Commission de l'environnement, Elvira Jörg démissionne de son poste.

La Commission sociale et de l'égalité des chances (Plan d'inclusion sociale) est complétée par les membres suivants : Charlotte Roger-Bassing, Jil Roger, Erika Saldana Flores et H. Florand Veizi.

Mme Sourour El Mansali est nommée nouveau membre de la Commission culturelle.

5. Formulation d'un avis dans le cadre de l'EIE sur le tronçon du tram projeté « route d'Arlon ».

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) note que le dossier du tramway a été renvoyé à la commune, bien qu'il n'y ait pas eu de changements sur le territoire de Strassen.

Néanmoins, le collègue échevinal tient à renouveler son avis sur le dossier et à souligner qu'il n'est pas écouté par les autorités compétentes.

À titre d'exemple, le bourgmestre cite une récente convocation des trois bourgmestres responsables au ministère de la Mobilité pour discuter de la mobilité dans l'ouest de la capitale, au cours de laquelle il a été annoncé qu'une nouvelle étude sur la mobilité dans cette région serait réalisée. Cependant, les personnes présentes du ministère de la Mobilité n'étaient pas préparées à des questions détaillées. Les communes devraient maintenant recevoir un rendez-vous avec le ministre.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) exige d'être enfin entendu et cite comme exemple les feux de signalisation intelligents de la route d'Arlon, promis depuis 13 ans.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) est d'avis qu'il faut enfin agir et qu'il n'est plus nécessaire de faire des études.

Le conseiller Marc Fischer (DP) propose d'attirer davantage l'attention sur la pollution sonore en constante augmentation dans la nouvelle déclaration.

L'avis est adopté à l'unanimité.

6. Adoption d'un avenant à la convention tripartite 2024 relative à la crèche Pescher.

Comme le fait remarquer le bourgmestre Nico Pundel (CSV), il est apparu clairement au cours de la comptabilité intermédiaire que les besoins financiers de la crèche Pescher ont changé, de sorte que l'accord tripartite sera modifié en conséquence. La crèche est en grande partie à pleine capacité et fonctionne sans problème.

Selon le nouveau calcul, le coût total s'élève à 1.508.133 €, dont 75 % ou 1.131.099 € seront pris en charge par l'État, et les 25 % restants, soit 377.034 €, seront pris en charge par la commune de Strassen.

L'amendement est adopté à l'unanimité.

7. Décisions dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption.

Concernant le premier droit de préemption, il s'agit d'un terrain de 36,32 ares « In den Dielen » à Strassen, d'un prix estimé à 3,6 millions d'euros, pour lequel le collègue échevinal propose de renoncer au droit de préemption.

Lors du vote et de la discussion, auxquels le conseiller Nicolas Kandel (DP) n'a pas participé, le conseil communal décide à l'unanimité de renoncer à ce droit de préemption.

Le conseil communal renonce également à l'unanimité au droit de préemption sur un terrain de 8,4 ares situé rue Ignace Semmelweis à Strassen.

8. Confirmation de règlements temporaires de circulation.

Les règlements temporaires de circulation suivants sont ensuite approuvés à l'unanimité : création d'un trottoir provisoire et la fermeture du trottoir actuel de la route d'Arlon entre la rue des Carrefours et la

maison numéro 141 à partir du 25 octobre jusqu'à la fin des travaux ; contrôle de la circulation par des feux tricolores, gestion de la circulation à sens unique et fermeture du trottoir en raison de travaux sur la rue de la Chapelle au numéro 5 à partir du 11 novembre jusqu'à la fin des travaux ; interdiction de circulation dans la rue Belle-Vue entre le chantier et la rue des Carrefours, fermeture de la route entre la maison n°30 et la rue du Kiem et fermeture de la chaussée à partir du 11 novembre jusqu'à la fin des travaux ; entre la rue des Carrefours et le pont de l'autoroute, limitation de la vitesse dans la route d'Arlon à 30 kilomètres par heure en raison des travaux à partir du 8 novembre et jusqu'à l'achèvement des travaux ; à partir du 20 novembre et jusqu'à l'achèvement des travaux, interdiction de circulation sur la rue de Reckenthal entre la route d'Arlon et la rue du Rollingergrund, entre la maison n° 121 et la rue du Rollingergrund, la route sera fermée si nécessaire et le trottoir sera déplacé de l'autre côté de la rue.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rend encore une fois attentif à un chantier de construction qui interrompt « le chemin sûr de l'école » pour les enfants, en les obligeant de traverser la route à cet endroit.

9. Approbation des bilans et comptes de l'Office Social pour les années 2020, 2021 et 2022.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) présente les comptes de l'Office Social ainsi que diverses objections du ministère de l'Intérieur, qui ont toutefois été rectifiées depuis. Il s'agit notamment de la remise tardive des rapports de 2020 et 2021 au ministère de l'Intérieur, ainsi que de diverses erreurs comptables pour les trois années de référence.

Les bilans et les comptes des trois exercices sont adoptés à l'unanimité.

10. Adoption du budget de l'Office Social pour l'année 2025.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) présente la proposition de budget de l'Office Social pour 2025, dans lequel les recettes de 923.270 € et les dépenses de 922.645,68 € s'équilibrent à peu près.

De plus, les chiffres n'ont que légèrement changé par rapport au budget rectifié de 2024.

En outre, l'échevine aborde les différents aspects de l'Office Social, notamment la situation du personnel et l'épicerie sociale de Steinfort. Elle énumère les consultations au bureau ainsi que les visites à domicile, l'aide administrative, l'aide aux demandes d'aide financière, ainsi que l'aide matérielle, la fourniture des autorisations d'accès à l'épicerie sociale, l'aide pour suivre des cours de langues, dans les soins pour bébés et les contrôles d'hygiène. Elle fait également un rapport sur les différents ateliers d'intégration sociale, au sein desquels quelque 70 personnes sont prises en charge chaque jour.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) confirme la bonne entente au bureau de l'Office Social et remercie tous les employés pour leur bon travail, qui est plus important que ne l'indiquent les chiffres.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels remercie également toute l'équipe de l'Office Social pour son travail, pas toujours facile. Elle veut savoir si les bénéficiaires de l'aide sociale sont exclusivement de Strassen ou aussi originaires d'autres communes. De plus elle constate que les coûts de personnel de l'Office Social ont subi une nette augmentation.

Le budget 2025 de l'Office Social est adopté à l'unanimité.

11. Décision portant sur l'attribution de congé politique supplémentaire.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV), suite à la modification de la législation sur le congé politique, propose de répartir les 15 heures hebdomadaires supplémentaires de congé politique comme suit : CSV 6 heures, LSAP 4 heures, déi Gréng 3 heures et DP 2 heures.

Tous les membres du conseil sont d'accord avec cela.

12. Approbation des titres de recette de l'année 2023.

Sans discussion, les membres du conseil approuvent à l'unanimité les déclarations de recettes de 2023

présentées par l'échevine Anne Arend (CSV) d'un montant de 55.388.731,75 € dans le budget ordinaire et de 92.808,40 € dans le budget extraordinaire. Les principales recettes du budget ordinaire sont les recettes du FGDC avec 37.628.370,46 € ainsi que de l'impôt commercial avec 7.017.210,53 € et de l'impôt foncier avec 1.022.098,05 €.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) regrette l'absence de recettes provenant du Pacte pour le climat en raison de la non-obtention de la certification de la commune. L'échevine Maryse Bestgen (di Gréng) explique qu'il y a eu des retards, mais que la dite certification devrait être validée en début 2025.

13. Approbation des modalités relatives au budget participatif.

L'échevine Anne Arend (CSV) présente les dispositions relatives au budget participatif, pour lesquelles 100.000 € ont été prévus dans le budget communal.

Du 2 décembre au 28 février, chaque résident de plus de 16 ans peut faire au maximum une proposition pour un projet d'un montant maximal de 25.000 €.

Les propositions doivent être d'intérêt général, relever du territoire et de la compétence de la commune de Strassen, ne pas nécessiter l'achat d'un terrain ou des frais de suivi, être techniquement et juridiquement possibles, ne pas contenir d'enrichissement personnel ou d'éléments diffamatoires ou discriminatoires, tenir compte de la protection de l'environnement et inclure une estimation des coûts.

Les propositions doivent être soumises soit numériquement à budget.participatif@strassen.lu, soit sous forme papier à l'accueil de l'administration communale pendant la période susmentionnée.

Des projets peuvent être soumis dans les domaines de l'environnement et du cadre de vie, de la mobilité, de l'éducation, de l'enfance, de la jeunesse, des seniors, du sport, de la culture et du patrimoine, du numérique, de l'action sociale, de la solidarité et du vivre-ensemble.

La faisabilité des propositions est vérifiée par les services communaux et les porteurs de projets

similaires sont invités à participer à un éventuel projet commun.

Chaque proposition sera examinée par un comité ad hoc et chaque participant sera informé quant aux raisons motivées pour lesquelles une proposition soumise ne serait pas prise en considération.

Le conseiller Marc Fischer (DP) propose que tous les projets soient publiés sur le site web de la commune en temps opportun.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) propose de laisser la décision des projets aux citoyens et de nommer le conseil ad hoc « Comité de gouvernance » plutôt que « Comité décideur ».

Finalement la dénomination de « Comité décideur » est retenue quand-même et l'échevine Anne Arend (CSV) explique qu'une solution informatique permettant un vote citoyen digital est envisagée pour l'année suivante si l'initiative rencontre du succès.

Les dispositions sont adoptées à l'unanimité avec divers amendements.

14. Divers.

Dans la rubrique « Divers », le bourgmestre Nico Pundel (CSV) remercie tous ceux qui ont participé à l'événement « Bridges of solidarity ». Il se souvient des témoignages profonds de ces personnes, qui ont contribué à établir un lien différent avec la guerre en Ukraine.

Il confirme également que des cartes de visite seront mises à disposition des membres du conseil communal de Strassen.

En ce qui concerne les articles de presse faisant état de voyeurisme dans le sauna des Thermes, le

bourgmestre regrette que la journaliste n'ait pas voulu consulter l'administration communale. Il fait référence aux directives claires du sauna sur la façon dont le personnel gère de telles situations si quelqu'un se sent harcelé. Bien sûr, tout ne peut pas être évité, mais le conseil d'administration essaie d'être encore mieux placé pour se défendre contre ces situations. Environ 150 personnes visitent le sauna chaque jour, mais seules quelques-unes d'entre elles ne se comportent pas correctement.

Il informe également les membres du conseil qu'ils recevront une note avec toutes les séances du conseil communal de l'année à venir et que le chalet a été aménagé pour la période de Noël.

Lors du prochain conseil communal, les 30.000 € restants, qui sont encore destinés à l'aide humanitaire dans le budget communal, seront également utilisés pour l'aide à l'Ukraine.

Le conseiller Marc Fischer (DP) s'inquiète de la sécurité du chauffage au « Chrëschtmaart », tandis que le conseiller Paul Klensch (LSAP) demande pourquoi il a reçu trois invitations à un vernissage.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) revient sur l'incident du sauna et est d'avis qu'on ne peut pas en rester là. Elle exige que des mesures conséquentes soient prises.

15. Affaires de personnel :

a) Décisions portant sur la création de postes au sein du service de régie.

Le collège échevinal propose de créer deux postes dans le service de régie dans la carrière H1 pour le service de nettoyage et de gardiennage et un poste dans la carrière H1 pour le même service de gardiennage.

Meeting of the Communal Council of 28 November 2024

AGENDA

1. **Approval of the minutes of the meetings of 3.10.2024 and 24.10.2024.**
2. **Adoption of the management plan for the communal forest.**
3. **Approval of an amendment to the lease for ViTo's.**
4. **Resignations and appointments to local commissions.**
5. **Opinion as part of the Environmental Impact Assessment (EIA) on the planned "Route d'Arlon" tramline section.**
6. **Adoption of an amendment to the 2024 tripartite agreement relating to the "Pescher" crèche.**
7. **Decisions on the exercise of a right of pre-emption.**
8. **Confirmation of several temporary traffic regulations.**
9. **Approval of the balance sheets and accounts for the Social Office for 2020, 2021 and 2022.**
10. **Adoption of the Social Office budget for 2025.**
11. **Decision to grant additional political leave.**
12. **Approval of the income statements for 2023.**
13. **Approval of the terms and conditions for the participatory budget.**
14. **Any other business.**
15. **Staff matters:**
 - a) **Decisions on the creation of Public Service ("Régie") posts**

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), aldermen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng) (from item 11); Jean Claude Roob (LSAP), members of the Communal Council. Secretary: Christian Müller.

EXCUSED

Daniel Thein (DP), proxy given to Martine Dieschburg-Nickels (DP); Anne-Marie Linden (déi Gréng) until item 11, proxy given to Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), members of the Communal Council.

1. Approval of the minutes of the meetings of 3.10.2024 and 24.10.2024.

At the start of the meeting, the Council members signed the minutes of the meetings of 3 and 24 October 2024.

2. Adoption of the management plan for the communal forest.

Following Forestry Officer Serge Bisenius' presentation of the forestry management plan for 2025 to the Communal Council at the previous meeting, Michel Krischel (Forestry Officer for the Southern District) and Georges Kugener (Nature and Forestry Administration) presented the ten-year plan for 2025-2034.

By law, this plan had to be adopted by the Communal Council before its validation by the Ministry. A corresponding regulation determined when wood from the forest could be sold and by whom.

The aim was to ensure the sustainable and economic management of national forests.

Following an analysis of the communal forest and previous work performed, the plan aimed to make the forest more resilient and set forth how much timber could be felled.

For example, in the communal forest, less wood was cut than could be regrown annually, and only 60% of the timber grown could be used, meaning maximum 1,700 m³ could be felled.

The communal forest covered 414.19 hectares across a continuous area. 405 hectares were considered

wooded, 87% of which were located in various protected areas.

Roads and car parks were excluded from this zone. In addition, 5% of the forest had been removed from management and left in its natural state for conservation purposes, leaving 363 hectares of productive forest.

The plan was to slowly convert them into more resilient mixed forests without monocultures, with both the economic efficiency of forests and their social factor in mind.

Councillor Laurent Braun (CSV) asked about new plant types and quantities; Councillor Tun Gierenz (CSV) wanted to know how safe it would be for walkers in uncultivated areas; and Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked if there were any plans to plant selected non-native species that may be more resistant to global warming.

The experts' responses revealed that around 2,000 to 2,500 plants would be needed per hectare, but natural regeneration was often predominant. Most of the unmanaged areas were not located along footpaths, but their safety was checked all the same. As for the more resistant tree species from warmer climates, experts pointed to possible diseases and adaptation problems if they were to be planted in Luxembourg.

The ten-year plan was adopted unanimously.

3. Approval of an amendment to the lease for ViTo's.

An amendment removing the second floor from the ViTo's lease was unanimously approved.

4. Resignations and appointments to local commissions.

Secretary Luc Eicher had resigned from his position on the Transport and Mobility Commission. Gilles Eckardt was appointed to the vacant secretary post.

Fabio Genin had been appointed as a new member of the Youth Commission.

Elvira Jörg had resigned from the Environment Commission.

The Social Affairs and Equal Opportunities Commission (Social Inclusion Plan) had the following new members: Charlotte Roger-Bassing, Jil Roger, Erika Saldana Flores and H. Florand Veizi.

Sourour El Mansali was appointed as a new member of the Cultural Commission.

5. Opinion as part of the Environmental Impact Assessment (EIA) on the planned "Route d'Arlon" tramline section.

Mayor Nico Pundel (CSV) noted that the file on the tramline had been transferred back to the Commune, although no changes had taken place in Strassen.

Nevertheless, the College of Alderpersons wished to reiterate its opinion on the matter and emphasise that it was not being listened to by the authorities.

The Mayor gave the example of a recent meeting of the three mayors responsible for the issue at the Ministry of Mobility to discuss mobility to the west of Luxembourg City, during which a new study on mobility in the region was announced. The representatives from the Ministry of Mobility were not prepared for detailed questions and a new appointment with the Minister would have to be scheduled.

Mayor Nico Pundel (CSV) insisted that the communes must be heard at last, citing as an example the smart traffic lights on the Route d'Arlon that had been promised 13 years prior.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) thought action should finally be taken and no more studies were needed.

Councillor Marc Fischer (DP) suggested that more attention be drawn to the ever-increasing noise pollution in the new declaration.

The opinion was adopted unanimously.

6. Adoption of an amendment to the 2024 tripartite agreement relating to the “Pescher” crèche.

Mayor Nico Pundel (CSV) pointed out that the interim accounts had revealed that the financial needs of the “Pescher” crèche had changed. As a result, the tripartite agreement would be amended accordingly. The crèche was largely at full capacity and running smoothly.

According to revised calculations, the total cost amounted to 1,508,133 EUR, of which 75% (i.e. 1,131,099 EUR) would be borne by the State and the remaining 25% (i.e. 377,034 EUR) would be borne by the Commune of Strassen.

The amendment was adopted unanimously.

7. Decisions relating to the exercise of a right of pre-emption.

The first right of pre-emption related to a 36.32-are plot located at “In den Dielen” in Strassen, with an estimated price of 3.6 million EUR, for which the College of Alderpersons was proposing to waive its right of pre-emption.

During the vote and discussion, in which Councillor Nicolas Kandel (DP) did not take part, the Communal Council unanimously decided to waive its pre-emptive right.

The Communal Council also unanimously waived its right of pre-emption on an 8.4-are plot of land located in Rue Ignace Semmelweis in Strassen.

8. Confirmation of several temporary traffic regulations.

The following temporary traffic regulations were unanimously approved:

- the creation of a temporary pavement and closure of the existing one on Route d’Arlon between Rue des Carrefours and house no. 141 from 25 October until the end of the works;
- traffic management by means of traffic lights, one-way traffic management and closure of the pavement

due to works on Rue de la Chapelle at no. 5 from 11 November until the end of the works;

- ban on traffic in Rue Belle-Vue between the site and Rue des Carrefours, closure of the road between house no. 30 and Rue du Kiem and closure of the carriageway from 11 November until the end of the works;
- between Rue des Carrefours and the motorway bridge, 30 km/h speed limit on Route d’Arlon due to works from 8 November until their completion;
- traffic ban on Rue de Reckenthal between Route d’Arlon and Rue du Rollingergrund, between house no. 121 and Rue du Rollingergrund, from 20 November until completion of the works, and the road would be closed if necessary and the pavement would be moved to the other side of the street.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) once again drew attention to a building site hindering the safe passage of children walking to school by forcing them to cross the road at this point.

9. Approval of the balance sheets and accounts of the Social Office for 2020, 2021 and 2022.

Aldersperson Betty Welter-Gaul (LSAP) presented the Social Office’s accounts and the various objections from the Ministry of the Interior, which had since been rectified. These included the late submission of the 2020 and 2021 reports to the Ministry of the Interior, as well as various accounting errors.

The balance sheets and accounts for the three financial years were unanimously approved.

10. Adoption of the Social Office budget for 2025.

Aldersperson Betty Welter-Gaul (LSAP) presented the proposed 2025 budget for the Social Office, in which the predicted income (923,270 EUR) and expenditure (922,645.68 EUR) were roughly in balance.

The figures had changed only slightly compared with the rectified budget for 2024.

She also spoke about various relevant matters, such as the staff situation and the Steinfort Social Grocery Shop. She listed the consultations taking place at the Office itself and the home visits, the provision of administrative assistance, help with applications for financial aid, material support, access permits for the Social Grocery Shop, help with language courses, baby care and hygiene checks. She also reported on the various social integration workshops, involving approximately 70 participants a day.

Mayor Nico Pundel (CSV) highlighted the good working atmosphere at the Social Office and thanked all the staff for their hard work. Indeed, the figures alone could not reflect their valuable input.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels also thanked the Social Office team for their work, saying it was not always easy. She asked if the beneficiaries of social assistance were exclusively from Strassen or if they also came from other communes. Moreover, she noted that staff costs had risen sharply.

The Social Office's budget for 2025 was adopted unanimously.

11. Decision to grant additional political leave.

Following the amendment to the legislation on political leave, Mayor Nico Pundel (CSV) proposed that the additional 15 hours per week of political leave be allocated as follows:

- CSV: 6 hours,
- LSAP: 4 hours,
- déi Gréng: 3 hours, and
- DP: 2 hours.

All Council members agreed.

12. Approval of the income statements for 2023.

The Council members unanimously approved the 2023 income statements presented by Alderperson Anne Arend (CSV) without any need for further discussion.

The revenue amounted to 55,388,731.75 EUR in the ordinary budget and 92,808.40 EUR in the extraordinary budget. The main income in the ordinary budget came from the FGDC (37,628,370.46 EUR), trade tax (7,017,210.53 EUR) and property tax (1,022,098.05 EUR).

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) was sorry no revenue could be generated thanks to the Climate Pact due to the Commune's failure to obtain certification. Alderperson Maryse Bestgen (déi Gréng) explained that there had been delays, but that it should be awarded early 2025.

13 Approval of the terms and conditions relating to the participatory budget.

Alderperson Anne Arend (CSV) presented the provisions relating to the participatory budget, for which 100,000 EUR had been set aside in the communal budget.

From 2 December to 28 February, residents aged 16 and over could make maximum one proposal for a project worth up to 25,000 EUR.

The requirements for proposals were the following:

- they had to be of general interest,
- they should be centred in Strassen and fall under its remit,
- they should not require the purchase of land or involve follow-up costs,
- they had to be technically and legally feasible,
- they should not lead to personal enrichment,
- they should be free of defamation or discrimination,
- they should be environmentally friendly, and
- should include a cost estimate.

Proposals should be submitted digitally, via email to budget.participatif@strassen.lu or in paper form delivered to the Commune before the deadline.

Project proposals could focus on the following fields: the environment and living conditions, mobility, education, children, young people, senior citizens, sport, culture and heritage, digital technology, social action, solidarity and living together.

The Commune would be responsible for verifying project feasibility and those proposing similar projects would be invited to take part in possible joint projects.

Each proposal would be examined by an ad hoc committee and all those having submitted a proposal would be informed of the results and reasons for any given proposal's rejection.

Councillor Marc Fischer (DP) proposed that all projects be published on the Commune's website in due course.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) proposed that decisions on projects be left to the public and that the ad hoc committee be called the "Governance Committee" rather than "Decision-Making Committee".

In the end, the latter ("Comité décideur" in French) was retained. Alderperson Anne Arend (CSV) added that an IT solution enabling digital citizen voting was under consideration for the following year if the initiative was successful.

The provisions were adopted unanimously with several amendments.

14. Any other business.

Mayor Nico Pundel (CSV) thanked everyone who took part in the "Bridges of solidarity" event, recalling the participants' profound testimonies, and the fact new connections had been made with Ukraine.

He also confirmed that business cards would be made available to members of Strassen Communal Council.

With regard to the articles in the press reporting on voyeurism in the sauna at the "Thermes", the Mayor criticised the fact the journalist had not consulted the communal administration. He referred to the sauna's clear staff guidelines on how to deal with harassment. Of course, it was impossible to prevent all such situations, but the Board of Directors was looking into how to improve. Around 150 people visited the sauna every day, but only a few of them behaved inappropriately.

He also informed the Council members that they would be receiving a schedule for all the Communal Council meetings in the upcoming year, and that the chalet had been fitted out for the Christmas period.

At the following Communal Council meeting, the remaining 30,000 EUR in the communal budget earmarked for humanitarian aid would be allocated to aid Ukraine.

Councillor Marc Fischer (DP) expressed concern about the safety of the heating at the "Chrëschtmaart". Councillor Paul Klensch (LSAP) asked why he had received three invitations to a vernissage.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) returned to the incident in the sauna, saying she felt this had to be stopped. She called for appropriate measures to be taken.

15. Staff matters:

a) Decisions on the creation of Public Service ("Régie") posts.

The College of Alderpersons proposed the creation of two posts in the H1 career bracket for the cleaning and caretaking service and one post in the H1 career bracket for the same caretaking service.



COMMUNE DE
Strassen

